

europa **ROT**

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 13 · Mai 2015

Unsere Leitidee

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut im Alter, vor schlechter Gesundheitsversorgung, Bildungsnotstand und Armut trotz Arbeit, ebenso wenig wie Angst vor vergifteten Lebensmitteln, zerstörter Umwelt, Diskriminierung und nicht zuletzt ohne Angst vor Krieg.

Die zentrale Herausforderung für die Delegation DIE LINKE besteht darin, mit der GUE/NGL, linke Alternativen für eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische Europäische Union (EU) zu entwickeln und diese der neoliberalen Politik der Juncker-Kommission

entgegenzusetzen. Dabei wollen wir außerparlamentarische Netzwerke unterstützen, um den NGO's und sozialen Bewegungen eine Stimme im europäischen Parlament zu geben. Transparenz und Öffentlichkeit sind Voraussetzungen für den Dialog über unsere Politik-

ansätze. Zugleich werden wir uns konsequent mit den extrem rechten Kräften, die im Europaparlament an Stärke deutlich hinzugewonnen haben, auseinandersetzen und diesen Heuchlern und Antidemokraten nicht die Kritik der EU überlassen.



Syrizas Wahlsieg stellt uns vor die bisher größte Herausforderung!

VON GABRIELE ZIMMER

Ein Jahr ist es her, dass das achte Europäische Parlament gewählt wurde. Es sollte eine Wahl werden, der die Regierenden etwas mehr Demokratie verpassen wollten. Erstmals wurden Spitzenkandidaten der europäischen Parteien aufgestellt. Die Europäische Linke ging mit Alexis Tsipras ins Rennen, welcher zum Gesicht einer radikalen Abkehr von der gescheiterten Krisenpolitik wurde. Die Spitzenkandidaten der Konservativen, Jean-Claude Juncker, und der Sozialdemokraten, Martin Schulz, begründeten anschließend mit der Aufteilung der europäischen Spitzenämter die Große Koalition in Brüssel: ein wahrhaft historischer Moment der europäischen Demokratie!

Dennoch gingen wir als Europäische Linke gestärkt aus der Wahl hervor. Unsere Fraktion wuchs um 50 Prozent, der stärkste Zuwachs aller Fraktionen. Und wir sind die einzige Fraktion mit gleich vielen weiblichen und männlichen Abgeordneten. In unserer Fraktion arbeiten 52 Abgeordnete aus 19 verschiedenen Parteien. Besonderen Zuspruch erhielten die Linken in den stark von der Finanzkrise erschütterten Staaten, gerade in Südeuropa. Für SYRIZA, unsere griechischen Freunde, war es der erste große Wahlsieg in Griechenland. Inzwischen gewann SYRIZA die griechischen Parlamentswahlen und übernahm die Regierung. Statt Kommissionspräsident wurde Alexis Tsipras der einzige linke Regierungschef in der Europäischen Union.

Griechenland wählte den Bruch mit der bisherigen EU-Politik, den Alexis Tsipras schon zur Europawahl forderte: Schluss mit dem desaströs gescheiterten Kürzungsdiktat, das in eine humanitäre Krise führte. Schluss mit der fatalen »Krisenpolitik«, die die Rettung der Banken und die Privatisierung des Öffentlichen zum obersten Prinzip erhob. Eine Politik, die nicht nur Griechenland schadet, sondern die Zukunft der EU infrage stellt.

Deshalb geht es aus Sicht der Fraktion und unserer Delegation nicht nur um Solidarität mit Griechenland. Es geht um unseren Beitrag, die Krisen-

politik der Regierenden in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene infrage zu stellen. Um ein schnelles Ende der gescheiterten Austeritätspolitik. Um die Stärkung des Öffentlichen und massive Investitionen in nachhaltige ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung. Es muss Schluss damit sein, dass an Parlamenten, an Verfassungen und Verträgen vorbei, Grundrechte gebrochen und nationale Haushaltsrechte verletzt werden. Konkrete Herausforderungen gibt es genug. Die Instrumente, die sich Rat und Kommission geschaffen haben, um Mitgliedsstaaten in ein neoliberales Konzept des Wirtschaftswachstums und der globalen Konkurrenzfähigkeit zu zwingen, verschärfen die Krise: Dazu gehört das Europäische Semester, an dessen Auswertung den Mitgliedsstaaten Empfehlungen für die »Gesundung« ihrer nationalen Haushalte durch die Kommission verkündet werden, aber auch der Fiskalpakt. Instrumente, die das Solidaritätsprinzip aushebeln und die den Krisenländern jede Luft zum Atmen nehmen. Wir sind auch gefordert, uns mit der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik der EU auseinanderzusetzen, mit den Versuchen, den Datenschutz weiter durchlöchern zu wollen und mit dem »REFIT«-Programm, mit dem angeblich Bürokratie abgebaut werden soll, viel eher aber Arbeitnehmerrechte beschnitten und Sozialstandards ausgehöhlt werden.

Unter den Staats- und Regierungschefs im Rat fordert allein Alexis Tsipras eine radikale Umkehr. Die Herrschenden in der EU wollen nicht von ihrem Dogma abweichen, wollen nicht einsehen, dass ihre Politik der Krisenbewältigung die EU an den Abgrund treibt. Merkel & Co können und wollen nicht eingestehen, dass ihre Auflagen an die vorherigen griechischen Regierungen die Verschuldung des Landes weiter massiv in die Höhe getrieben hat.

Sie haben Angst vor der Wirkung, die der griechische Wahlsieg und die konsequente Haltung der griechischen Regierung in den Verhandlungen für andere Bewegungen und Parteien haben können – ob in Spanien oder in Irland. Dabei ist es of-



Wir müssen alles tun, um in unseren Mitgliedsländern zum Widerstand gegen Arroganz und Respektlosigkeit von Regierungschefs und Finanzministern zu mobilisieren.

fensichtlich: Unter dem Dogma der neoliberalen Krisenpolitik werden die immer wieder zitierten europäischen Werte zu Grabe getragen. Wir als Linke im Europaparlament sagen deshalb ganz klar, dass wir alles tun müssen, um in unseren Mitgliedsländern zum Widerstand gegen diese Arroganz und Respektlosigkeit von Regierungschefs und Finanzministern zu mobilisieren.

Wer immer die griechische Regierung zum Scheitern bringen will, riskiert, dass Rechtsradikale und Faschisten in Griechenland wachsen. Wir sind deshalb als Fraktion Partnerin für alle, die an alternativen Positionen wie zum Beispiel für eine nachhaltige Re-Industrialisierung Süd- und Osteuropas arbeiten. Wir kämpfen gemeinsam mit Gewerkschaftern, Aktivisten von Sozial- und Umweltschutzverbänden für die Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards.

Gemeinsam mit Menschenrechts-, Flüchtlings- und Friedensinitiativen treten wir dafür ein, dass die EU Wort hält und endlich die Menschenrechte für alle in der EU lebenden Menschen durchsetzt. Wir werden wie bisher das Europaparlament für Menschen offen halten, die für ihre Rechte kämpfen.

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Cornelia Ernst, Helmut Scholz
Layout: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin · Druck: Eversfrank Berlin GmbH
Titelbild: Olivier Hansen · Auflage: 125.000

Erst kommt das Fressen, dann die Moral?

VON MARTINA MICHELS

Am 28. April wurde in Athen der, 2013 geschlossene, öffentlich-rechtliche Sender ERT wieder eröffnet. Damit ist ein Wahlversprechen von SYRIZA erfüllt. 1.550 Medienleute haben ihren Job zurück und die Chance, die demokratische Debatte ohne Quotendruck zu beleben. Zuvor hatte die griechische Regierung am 2. März ein Paket zur Arbeitsbekämpfung geschnürt: Mietbeihilfen und kostenloser Strom für Menschen, bei denen der Briefträger schon monatelang keine Rente vorbeibringt. Greift regierungsamtliche Politik hier endlich wieder ein, ist das kein caritativer, sondern ein zutiefst kultureller Akt. Dieser scheint europaweit allerdings nicht hoch im Kurs zu stehen, wenn Regierungen die Lebensbedingungen der Menschen weniger wert sind, als die Forderungen von Gläubigern, die seit Jahren gegen die Staaten wetten. Die Klarheit, mit der die SYRIZA-Regierung die ethischen Grundlagen ihrer Politik vertritt, ist ihre zweite kulturelle Leistung. Sicher war der Koalitionspartner ein Schlag in die linke Magengrube. Doch SYRIZA hat

sowohl die Einbürgerung der jüngsten Migranten angepackt als auch Antisemitismus in die Schranken gewiesen.

Wer ist nun ernsthaft überrascht, dass sich die Boulevardpresse am liebsten an Lederjacken abarbeitet? Wen wundert es, wenn BILD sich aufplustert, weil selbst für deutsche Juristen und Historiker die ausgebliebenen Reparationszahlungen unerledigt sind? Griechenland trotz derzeit einem politischen Kurs innerhalb der EU, der längst eine derartige Besinnung gebraucht hätte. Als Delegation der Linken im Europaparlament haben wir die Auseinandersetzung mit europäischer Geschichte und Gegenwart mit angestoßen, u.a. mit Manolis Glezos vor den Wahlen im Januar und zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai in Berlin.

Wer lebt denn eigentlich nach der seltsamen Maxime: »Erst das Fressen, dann die Moral!« Es sind die, die den Hals mit Profiten nicht voll bekommen, denen die Bedienung von Bankkrediten wichtiger ist, als der soziale und kulturelle Zusammenhalt in Europa. Schon am 18. März rügte



Soziale und Freiheitsrechte lassen sich nicht trennen.

die Eurogruppe die sozialen Maßnahmen der griechischen Regierung. Doch SYRIZA schreibt in die am 2. April veröffentlichte, korrigierte Reformliste einen selbstbewussten Hinweis auf die Förderung des kulturellen und archäologischen Erbes. Es gibt keinen vernünftigen Grund, auf Geschichte und kulturelle Vielfalt zu verzichten! Sie sind wie ein Lebensmittel, damit wir nicht kopflos in der

politischen Abenteueri à la Merkel und Dijsselbloem ersticken.

Wir brauchen gute Schulen und Universitäten, freie Medien und den sonnigen Dorfplatz, um unsere humanistischen Wurzeln zu kennen und zu wissen, wo eigentlich die Alternativen zum Kürzungswahn liegen. »Erst das Fressen und dann die Moral!« hat noch immer in den Abgrund geführt. Soziale und Freiheitsrechte lassen sich nicht trennen. Politik für ein soziales Europa ist immer auch eine Wertedebatte. Egal wie hart der politische Gegenwind ausfällt, das allein schon können wir aktuell von Griechenland lernen.

VON SABINE LÖSING

Die Forderung nach einer EU-Armee wurde in den vergangenen Jahren immer wieder ins Spiel gebracht. Zuletzt von EU-Kommissionspräsident Juncker. Er wollte damit ein klares Signal an Russland senden, »dass wir es ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union«. Zuspruch erhielt er aus Deutschland. Unter dem Motto »mehr Verantwortung« setzt die deutsche Regierung verstärkt auf Militäreinsätze. Dafür ist für Kriegsmministerin von der Leyen perspektivisch der Aufbau einer EU-Armee nötig. Dagegen lassen sich mindestens drei Einwände formulieren:

Erstens sollte die EU keine Interventionstruppen haben, um in Konflikte einzugreifen. Sie trägt mit ihrer Wirtschaftspolitik und ihren Rüstungsexporten eine Mitverantwortung für die Konflikte. Es besteht jedoch keine Bereitschaft, diese Politik zu ändern. Militäreinsätze zielen darauf ab, bestehende Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft zu zementieren und geostrategische Interessen durchzusetzen. Militäreinsätze aber sind als Reparaturbetrieb für eine verfehltete Außenpolitik ungeeignet. Das zeigt u. a. der Libyenkrieg. Zweitens soll als Zwischenschritt zu einer EU-Armee die gemeinsa-

Nein zu Junckers Armee!



me Beschaffung und Nutzung von Militärgerät (»Pooling & Sharing«) ausgeweitet werden. So soll man »besser« für Militäreinsätze gerüstet sein. Dabei geht es aber nicht darum, Geld zu sparen. Die Chefin der EU-Verteidigungsagentur Arnould ermahnt, dass »Pooling & Sharing« »keine Ausreden« sein dürfen, »weniger zu investieren«. Ziel sei vielmehr, »zusammen Fähigkeiten zu schaffen, die einzeln unerreichbar wären und

bei der Anwendung dieser Kapazitäten mehr Effektivität zu erreichen.« Ob sich diese Effizienzsteigerungen realisieren lassen, ist fraglich. Und selbst wenn: Ein schlagkräftigeres Militär würde zivile Konfliktlösung noch weiter marginalisieren. Wer über einen Hammer verfügt, für den sind alle Probleme Nägel. Eine EU-Armee würde drittens die demokratische Kontrolle des Militärs weiter aushöhlen. Bereits heute gibt

es kaum demokratische Kontrolle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. Gemäß Lissabonvertrag wird das EU-Parlament zur GSVP »gehört« und »unterrichtet« – entscheiden kann es aber nichts. Der Deutsche Bundestag dagegen verfügt über einen Parlamentsvorbehalt, Militäreinsätze müssen vorab von ihm genehmigt werden. Das wollen nicht nur CDU-Verteidigungspolitiker mit Sicht auf die GSVP aufweichen. Die Nutzung von »gemeinsamem« Militärgerät für Auslandseinsätze dürfe nicht am Bundestag scheitern. Der deutsche Parlamentsvorbehalt würde bei Einführung einer EU-Armee wohl erst recht ins Kreuzfeuer geraten.

Ohnehin ist die Diskussion um eine EU-Armee irreführend. Realistisch betrachtet wird es sie wohl nie geben. Denn die Regierungen der großen Mitgliedsländer werden im Militärbereich kaum Kompetenzen abgeben. Sie spielen über die EU-Bande, um mit mehr »Beifreiheit« vor lästiger demokratischer Kontrolle zu agieren. Einen Kuhhandel »Demokratie gegen Effizienz« darf es in der Frage von Krieg und Frieden nicht geben. Auch der Verweis auf vermeintliche Sparzwänge ist irreführend. Wer sparen will, rüstet ab!



Oliver Hansen

Für eine neue EU-Migrationspolitik

VON CORNELIA ERNST

Nachdem in einer Woche 1.200 Menschen im Mittelmeer ertranken, ließen sich die Mitgliedsstaaten herab, wenigstens so zu tun, als würden sie handeln. So entstand am grünen Tisch ein 10-Punkte-Plan, der zwar vorsieht, mehr Menschen vor dem Ertrinken zu retten und besser zu verteilen, aber hauptsächlich der Fluchtverhinderung dient. Danach trägt die Schuld für das Massensterben der Flüchtlinge nicht die EU-Abschottungspolitik, sondern, siehe da, das System der Schlepper. Deren Schiffe zu zerstören, haben nun Priorität, um Flucht frühzeitig zu verhindern. Kommission und Rat glauben, Migration mit noch mehr Abschottung besser bekämpfen zu können. Was sich ändert, sind aber nicht die Migrationsströme, sondern die Fluchtwege, die immer gefährlicher werden.

Es ist erforderlich, die Ursachen von Migration zu kennen und nicht nur über Flüchtlinge nachzudenken, wenn sie bei uns ankommen. Dass der kongolesische Bauer, der Hirte aus der Sahel oder der Baumwollpflanzer aus Benin die Heimat verlässt, ist durch Klimawandel, hemmungsloses Landgrabbing und fehlende Existenzgrundlagen bedingt. Deren Fluchtursachen sind ebenso berechtigt, wie die des Kriegsflüchtlings aus Syrien, Eritrea oder Irak. 10 Mio. Menschen sind Kriegsflüchtlinge, die meisten leben abseits der Zivilisation und werden »vergessen«. 31 Mio. Menschen sind aus den verschiedensten Gründen Binnenflüchtlinge, die in ihrem Land oder in Nachbarregionen dahin vegetieren. 5 Mio. Palästinenser sind



Manuela Kropp



Oliver Hansen

seit Jahrzehnten vertrieben. 3 Mrd. Menschen haben weniger Geld als die 400 reichsten Familien der Welt. 2,8 Mrd. Menschen leben mit weniger als 2 Dollar pro Tag. Migration hat es immer gegeben und wird es immer geben, wo Arm und Reich auseinanderdriften oder Kriege das Land verwüsten.

Es sei erinnert: Tausende Deutsche sind im 17. und 18. Jahrhundert nach Holland migriert, 6 Mio. im 19. Jahrhundert nach Amerika, im 20. Jahrhundert auf der Flucht vor dem Faschismus in alle möglichen Länder. Die heutige Globalisierung und Digitalisierung hat nicht nur weltweite Kapitalmärkte und Kommunikation geschaffen, sondern auch eine weltweite und vernetzte Migration. Statt nun die gescheiterte Strategie selektierter Migration (»die Guten ins Töpfchen und die Schlechten ins Kröpfchen«) weiterzuverfolgen, ist eine europäische Strategie nötig, die

die Entwicklung der Herkunftsregionen im Auge hat und nicht bloß europäische Interessen abdeckt. Was wir natürlich zuerst brauchen, ist die Etablierung einer Willkommenskultur in der EU, die Flüchtlinge nicht verwaltet, sondern ihnen Perspektiven schafft.

Aber darüber hinaus muss eine reguläre Einwanderungspolitik der EU entwickelt werden, jenseits von nützlichkeitspolitischen Blue Cards. Notwendig sind legale Wege in die EU und verbindliche Ansiedlungskonzepte. Mit den Waffenexporten muss aufgehört und statt ihrer müssen Technologien exportiert werden, die nachhaltige Wirtschaft ankurbeln. Alles, was der einheimischen Wirtschaft schadet, muss beendet werden, z.B. ein Großteil der Agrarsubventionen. Fachkräfte gilt es nicht, abzuschöpfen, sondern zu entwickeln. Völkerrechtliche Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung, Gesundheitsförderung, Bildung und Demokratieentwicklung sind deutlich besser als jedes Freihandelsabkommen, das letztlich nur der europäischen Seite nützt. Wir brauchen einen wirklichen Neustart in einer Migrations- und Entwicklungspolitik, der Querschnitt aller anderen Politiken sein muss.

Wir brauchen eine Willkommenskultur in der EU – Flüchtlinge nicht verwalten, sondern ihnen Perspektiven schaffen

VON FABIO DE MASI

Die Syriza-Regierung will die verheerende Kürzungspolitik beenden und eine tragfähige Lösung für die griechischen Staatsschulden finden. Sie will weg von immer neuen Krediten, um alte Schulden zu bedienen – denn die Griechenlandrettung hat nicht griechische Krankenschwestern oder Rentner gerettet, sondern deutsche und französische Banken sowie Oligarchen. Etwa 90 Prozent der Griechenlandkredite flossen an den Finanzsektor. Und: Wer wegen der Kürzungen kein Einkommen erwirtschaftet, kann Schulden nicht bedienen. Die alte Politik ist daher auch ein Betrug an den Steuerzahlern in Deutschland.

Syriza will seine Wahlversprechen aus eigener Kraft finanzieren. So kosten die Notmaßnahmen zur Versorgung der Ärmsten mit Strom und Lebensmitteln etwa 2 Milliarden Euro – über vier Jahre. Dies entspricht etwa den Gewinnen der Europäischen Zentralbank (EZB) aus Geschäften mit griechischen Staatsanleihen, die Athen zustehen.

EU-Kommission, Eurogruppe und die EZB wollen jedoch den Erfolg von Syriza verhindern. Sie setzen das griechische Finanzsystem gezielt unter Stress, damit Syriza nicht zum Regieren kommt und immer neue Löcher stopfen muss. Denn ein Erfolg von Syriza würde auch in



Oliver Hansen

Euro-Stress: Aufschwung behindert, Geld verbrannt

Spanien oder anderen Ländern die alte Polit-Kaste von den Regierungsbänken fegen.

Die EZB akzeptiert keine griechischen Anleihen mehr als Sicherheiten. Damit schafft sie einen bank run in Zeitlupe. Dabei kann die EZB

wegen ihres Euro-Monopols nicht pleitegehen. Die EZB hat zudem bei Ausbruch der Krise jeden Schrott von Banken als Sicherheit akzeptiert. Griechische Banken hängen nun an der kurzen Leine: Sie müssen sich über die teurere Notfallliquidität

Warum hört niemand dieses Klopfen an der Tür?

Manolis Glezos unterwegs in Deutschland

VON KONSTANZE KRIESE

Verwundert kommentierte Manolis Glezos die Forderungen der Gewerkschaften am 1. Mai in Hamburg: »Bessere Gesundheit, Festeinstellung statt Leiharbeit!« Als ein Journalist am Mittwoch, dem 6. Mai beim Pressegespräch in Berlin nachfragt, was er stattdessen fordere, da schmetterte ihm Glezos leicht ungehalten entgegen: »Ich bin auch Journalist. Ich könnte ihnen auch solche Fragen stellen!« Und dann holt er aus und sagt: »Es geht doch um die Macht, um die Produktionsmittel.« Zwei Tage später, am 8. Mai abends, im Gespräch mit Beate Klarsfeld, Gabi Zimmer und Martina Michels, auf unserer Delegationsveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung, geht er einen Schritt weiter: »Ich

fordere auch die Gewerkschafter auf, endlich mal die Gesamtheit anzupacken und einen Vertrag mit der Zukunft zu schließen.« Lachend fügt er hinzu: »Eine Minute wäre doch heute unser nötiges Arbeitspensum lang, um all unsere Bedürfnisse zu befriedigen. In diese Richtung gehen die richtigen Forderungen. Wir müssen eine Revolution bei uns selbst und in unseren Parteien machen. Hört ihr denn nicht dieses Klopfen an der Tür?«

Für schönere Lohnarbeit kann er sich nicht begeistern. Dafür hat der Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts nicht gelebt. Woher nimmt Glezos, der 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis riss, der mehrfach zum Tode verurteilt wurde, diese anarchistische Grundsätzlichkeit?

Er wird leise, berührend, wachrüttelnd. »Nachts spricht oft mein Bruder zu mir, der im Alter von 19 Jahren exekutiert wurde. Er sagt dann zu mir: »Manolis, gib mir etwas von den Jahren zurück, die ich nicht hatte.«

Glezos lebt die Würdigung der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Er war froh zu hören, dass sich in die Debatte um die ausgebliebenen Reparationszahlungen Deutschlands



Oliver Hansen

»Ich fordere auch die Gewerkschafter auf, endlich mal die Gesamtheit anzupacken und einen Vertrag mit der Zukunft zu schließen.«

an Griechenland endlich auch sachliche Stimmen aus Wissenschaft und Politik innerhalb der Bundesrepublik mischen. Stimmen, die sachlich belegen, dass diese Verbindlichkeiten offene Rechnungen sind und auch nicht von deutscher Seite in den aktuellen Auseinandersetzungen um die unbewältigte Eurokrise instrumentalisiert werden sollten.

Glezos Unruhe steckt einfach an, macht nachdenklich und ermutigt zugleich, politisch sehr komplex zu denken und energisch Schritt für Schritt wieder die Machtfrage zu stellen.

TTIP, das Europäische Parlament und die Demokratie – eine Bestandsaufnahme und neue Herausforderungen

VON HELMUT SCHOLZ

Es gab in den vergangenen Jahren nur wenige Themen, die so viel Protest hervorgerufen haben wie TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen USA und EU. Wird dieses Abkommen doch weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit, auf öffentliche Daseinsvorsorge und Landwirtschaft, auf Verbraucher- und Umweltschutz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratieentwicklung sowie auf kleine und mittlere Unternehmen haben. Kurz: TTIP wird auf unser gesamtes Leben Einfluss nehmen.

Von Anfang an verwies die Linksfraktion im EU-Parlament auf drohende Konsequenzen von TTIP und leistete Widerstand. Und auch künftig werden wir den Protest aktiv mit unserer Web-Seite »fair-handeln-statt-ttip.eu« unterstützen: Information und Transparenz als Voraussetzung für demokratisches und selbstbestimmtes Handeln. Auch im Parlament: Von eingebrachten 898 Änderungsanträgen zum »Lange-Bericht«, mit dem das EU-Parlament im Juni zu TTIP Stellung beziehen will, stammen fast 100 aus meinem Büro. In diese Vorschläge sind kritische Stellungnahmen von Gewerkschaften, Verbraucherschützern, von Wirtschaftswissenschaftlern, Bauernverbänden, Nichtregierungsorganisationen sowie von Unternehmen eingeflossen. Tenor all dieser Stimmen: Das Mandat und die Verhandlungen gefährden bereits heute wesentliche Standards in Europa und verletzen demokratische Strukturen und Verfahren.

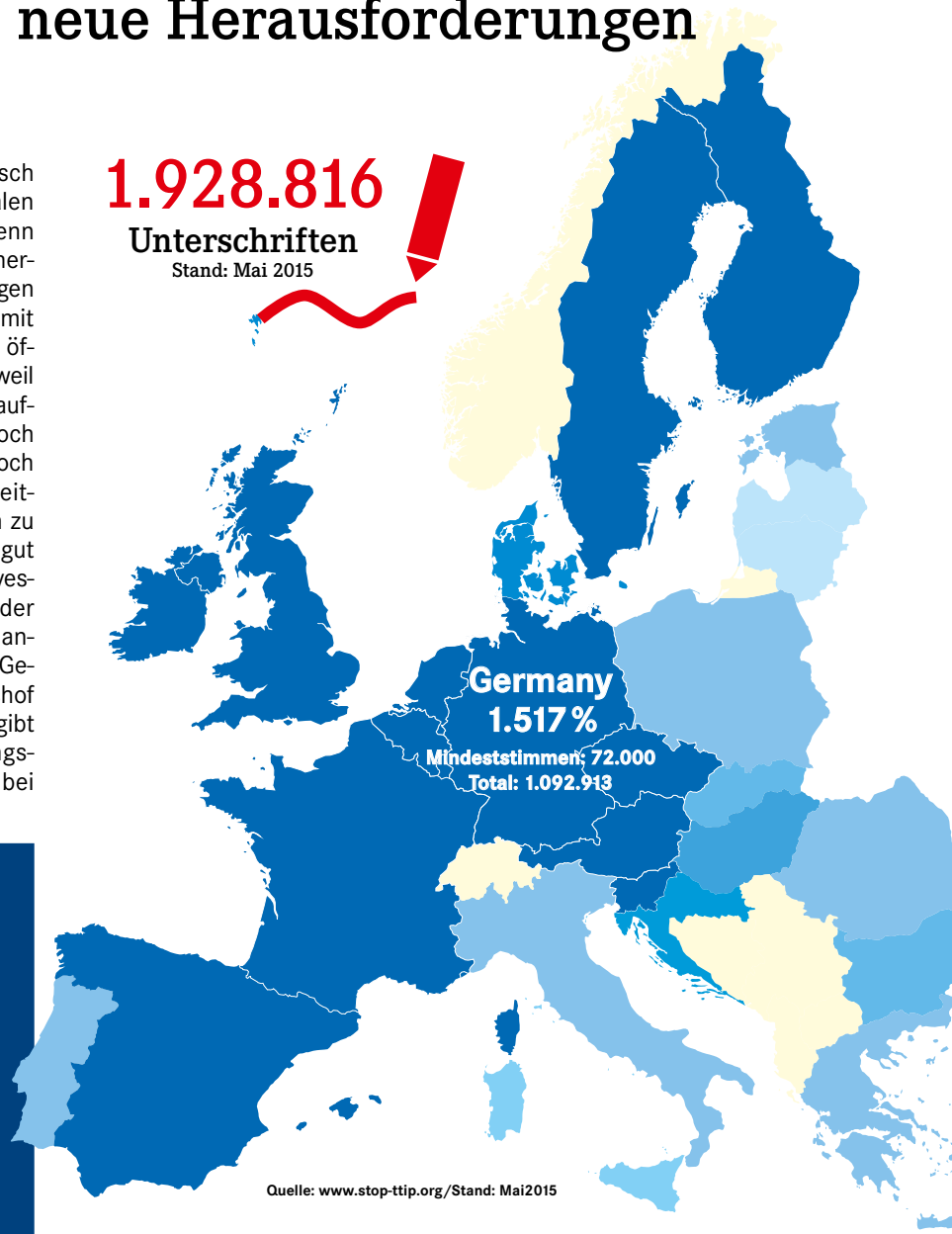
Auch dies hatte u. a. zur klaren Ablehnung von ISDS in einer EU-weiten Konsultation im vergangenen Jahr geführt. Mit dem Staat-Investor-Schiedsverfahren (ISDS) wird Kon-

zernen ein Klagerecht vor praktisch unkontrollierbaren Sondertribunalen gegen Regierungen gegeben, wenn z.B. neue Umwelt- oder Verbraucherschutzgesetze die Profiterwartungen verringern. Letztlich kann ISDS damit Regierungen abhalten, Politik im öffentlichen Interesse zu verfolgen, weil drohende Milliardenstrafen nicht aufgebracht werden könnten. Dennoch gibt es weder von Regierungen noch von der EU-Kommission die Bereitschaft, diese Praxis grundsätzlich zu beenden. Sie hält an diesem seit gut 30 Jahren entwickelten privaten Investorenschutz-Verfahren zulasten der öffentlichen Hand fest. Der von Handelskommissarin Malmström ins Gespräch gebrachte EU-US-Gerichtshof löst die Probleme nicht, sondern gibt vor, demokratische Entscheidungsprinzipien unserer Staaten auch bei



Eine Europäische Bürgerinitiative muss insgesamt mindestens 1.000.000 Unterschriften zusammenbekommen. Es muss eine Mindestanzahl von Stimmen (»Länderquorum«) in mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten erreicht werden. Beide Ziele wurden bereits überschritten, aber es wird weiter gesammelt, damit wird gezeigt wie breit der Protest gegen TTIP und CETA ist.

www.stop-ttip.org



ISDS zu wahren. Obwohl wir Gerichte haben, die viel qualifizierter sind, um die Güterabwägung zwischen öffentlichem Interesse und Investorenansprüchen vorzunehmen. Vor allem aber beantwortet dieser Vorschlag, wie auch ähnliche Ideen aus dem Haus des deutschen Wirtschafts-

ministers, nicht die Frage, inwiefern in TTIP und anderen Freihandelsverträgen auch die EU, Staaten und regionale Verwaltungsstrukturen Konzerne und Investoren verklagen können, wenn diese Schaden für Menschen und Umwelt hervorrufen.

Dies alles ist nur eine Seite. Die andere: TTIP & Co. haben neue Dimensionen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstands hervorgebracht. So konnte die Veröffentlichung des Verhandlungsmandats ebenso wie eine bessere – wenn gleich sehr restriktive – Information der Abgeordneten über die Gespräche erzwungen werden. Und: Fast zwei Millionen Menschen haben inzwischen die EU-Bürgerinitiative »Stop TTIP« unterzeichnet. Das macht uns Mut, weiter für ein alternatives Handelsmandat zu kämpfen, das einen Paradigmenwechsel in der internationalen Handelspolitik hin zu Transparenz, Demokratisierung und fairen Bedingungen für alle bedeuten könnte.



www.fair-handeln-statt-ttip.eu

Ein sozial gerechtes Europa geht nicht mit Austerität

VON THOMAS HÄNDEL

Griechenland ist das Lehrstück für eine eklatant falsche EU-Politik und eine ökonomische, soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel. Dennoch feiert die Rechte das als »Erfolg«. Wer das immer noch glaubt, muss drei einfache Fragen beantworten:

Hat die Sparpolitik Staatsschulden reduziert? Hat sie der griechischen Ökonomie auf die Beine geholfen? Hat sie Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft?

Wer dies nicht mit einem klaren Ja beantworten kann, muss die Voodoo-Ideologie in der Krisenbewältigung aufgeben. Doch das wäre das Eingeständnis einer katastrophal falschen Politik. Schon allein deshalb darf Syriza keine Chance bekommen. Keinesfalls soll die Wirtschafts-



**Hat die Sparpolitik Staatsschulden reduziert?
Hat sie der griechischen Ökonomie auf die Beine geholfen?
Hat sie Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft?**

und Sozialpolitik der EU grundsätzlich revidiert werden, denn noch ist man nicht fertig. Im Windschatten der Krise wird quer durch Europa die Beseitigung von historischen, sozialstaatlichen und demokratischen Errungenschaften betrieben. In 18 Mitgliedsstaaten Europas wurde eine massive Demontage von Löhnen, Arbeitsrechten, Tarifverträgen sowie gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte durchgepresst – alles im Zeichen der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit«. Die gebetsmühlenartig beschworene »notwendige Fortsetzung der Reformen« bedeutet weitere Rentenkürzungen, Lohnabbau und Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.

Klar ist: Nur wirkliche Strukturformen schaffen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, neue Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Jean-Claude Junckers Investitionspaket ließ manche schon von einer bevorstehenden Zeitenwende in der europäischen Politik träumen. Hat da einer verstanden? Eher nicht! Junckers Leitmotiv »Weniger Regulierung und mehr Flexibilität« erinnert fatal an die bekannte Werkzeugkiste der Wirtschaftsliberalen.

Immerhin scheint die Einsicht zu wachsen: Die europäische Beschäftigungs- und Sozialbilanz ist eine

Katastrophe. Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau, mehr als ein Viertel der Menschen in Europa leben in Armut oder sind armutsgefährdet. Das Beschäftigungsziel, bis 2020 eine Quote von 75 Prozent zu erreichen, ist außer Sichtweite. Der Handlungsbedarf wächst. Und der »weiße Ritter« Industrie 4.0 reitet mit einem erwarteten Produktivitätsfortschritt von 30 Prozent (!) ohne beschäftigungs- und arbeitszeitpolitische Gestaltung eher in die entgegengesetzte Richtung.

Im Aufruf »Erneuerung Europas: Für eine gemeinsame sozial-ökologische Industriepolitik in Europa« fordern wir eine »aktive Politik der Re-Industrialisierung und eine öffentliche Investitionspolitik, die den Verfall der öffentlichen Infrastruktur (...) stoppt und umkehrt.« Sie muss an nachprüfbar Beschäftigungsziele gekoppelt werden. Beschäftigung ist schließlich auch der wichtigste volkswirtschaftliche Faktor in den Mitgliedsstaaten. Dazu braucht es ein ambitioniertes

europäisches Investitionsprogramm, das u.a. durch eine höhere Besteuerung der Reichen, durch gemeinsame europäische Mindeststeuersätze, sowie durch die Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung finanziert wird.

Ohne die Stärkung und gesellschaftliche Gestaltung der Industrie und des Wirtschaftslebens wird die soziale Spaltung vertieft und ein gemeinsames Europa ruiniert: Die europäische Politik ist gefordert.

www.guengl.eu

Immer aktuell informiert auf:
www.guengl.eu oder
www.dielinke-europa.eu



Gabriele Zimmer

Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Mitglied der Konferenz der Präsidenten, Mitglied der Delegation für die parlamentarische Kooperation EU-Moldau, Stellvertreterin der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik), Stellvertretendes Mitglied in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung

Ansprechpartnerin für Thüringen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M003
Telefon: 0032-228-45101
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu



Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament, Mitglied im Vorstand Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), Stellvertretende Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Iran, Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M021
Telefon: 0032-228-45660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu



Thomas Händel

Vorsitzender im Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten (EMPL), Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), Stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik), Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten ASEAN

Ansprechpartner für Bayern, Baden-Württemberg und Saarland

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M063
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu



Sabine Lösing

Stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE), Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Entwicklung (DEVE), Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika, Karibik, Pazifik)

Ansprechpartnerin für Niedersachsen und Hessen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M023
Telefon: 0032-228-45894
sabine.loesing@europarl.europa.eu



Fabio De Masi

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), Mitglied im Sonderausschuss zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (TAXE), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN), Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Südafrika, Stellvertretendes Mitglied in der Delegation zu Indien

Ansprechpartner für Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M031 · B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45667
fabio.demasi@europarl.europa.eu



Martina Michels

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT), Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel, Stellvertretendes Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss mit der Türkei, Koordination Europapolitische SprecherInnen

Ansprechpartnerin für Berlin, Sachsen-Anhalt

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M033
Telefon: 0032-228-45834
martina.michels@europarl.europa.eu



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel (INTA), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO), Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China

Ansprechpartner für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WB 03M013
Telefon: 0032-228-45893
helmut.scholz@europarl.europa.eu



GUE/NGL
www.guengl.eu